

P r o t o k o l l

**der Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und
Liegenschaftsausschusses am 08. Oktober 2012 im Senatssaal**

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:50Uhr

Anwesenheit

Herr Mundt	
Herr Bleckmann	
Herr Braun	
Frau Bruns	entschuldigt
Herr Dr. Fassbinder	
Frau Görs	
Herr Kolbe	
Herr Liskow	
Herr Littmann	
Herr Noack	
Frau Socher	
Herr Dr. Stegemann	

Verwaltung

Herr Wille
Herr Kaiser
Herr Kremer
Frau Baas

Gäste

Herr Deisenroth, Mittelrheinische Treuhand
Herr Rabenseifner, Architektenbüro
Herr Dr. Flieger, Universität
OZ

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Informationen zum Stand Stadthaus
5. Informationen zur Planung und Kostenstand Kollwitz-Schule
6. Informationen zur Eröffnungsbilanz Herr Dreisenroth
7. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 7.1. Feststellen des Umlaufvermögens im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012 05/881
Dez. I , Amt 20
- 7.2. Kommunalstatistiksatzung 05/880
Dez. I , Amt 20
- 7.3. Annahme einer Spende für den Stadtforst 05/885
Dez. II , Amt 23
- 7.4. B.-Plan Nr. 14 - Hafen Ladebow 05/879
Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (2. Durchgang)
Dez. II, Amt 60
- 7.5. Wiedereinführung der Umzugshilfe für Auszubildende und Studenten 05/874
SPD-Fraktion
- 7.6. Prüfauftrag zur Errichtung eines kommunalen Tierfriedhofes 05/886
CDU-Fraktion
- 7.7. Prüfauftrag zur Errichtung eines online-Portals zur Meldung von Problemen im Bereich der Infrastruktur der UHGW 05/893
CDU-Fraktion
- 7.8. Unterzeichnung der Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen" 05/891
Bündnis 90 / Die Grünen
- 7.9. Vertrag mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald 05/903
zur Rückholung der Schulträgerschaft des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums, des Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasiums einschließlich des Abendgymnasiums und der Integrierten

8. Information der Verwaltung
- 8.1. Vorbereitungen der Haushaltssatzung 2013
 - Prioritätenliste für Investitionen
 - Eckdaten des Haushaltsplanes
9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
10. Informationen des Ausschussvorsitzenden
11. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 11 stimmberechtigten Mitgliedern.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

In die Tagesordnung wird unter Punkt 7.9. die Tischvorlage –
Rückholung der Schulträgerschaft – aufgenommen.

Die Tischvorlage – Software Gebäudemanagement - wird von Herrn
Kremer zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis: **11 Ja-Stimmen**

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Ein Vertreter der Aktion Sonnenschein, Herr Nils Kleemann, fragt an,
welche Varianten der Unterbringung bei Auszug der Kollwitzschule
vorliegen.

Herr Kremer kann diese Anfrage nur allgemein beantworten. Zu
Mietverhandlungen wird er sich nicht äußern.
Bisher laufen ausschließlich Verhandlungen mit der Montessorischule.
Bis zum 22.10.12 soll ein Mietvertragsentwurf vorliegen.

Zu TOP: 4. Informationen zum Stand Stadthaus

Herr Kremer informiert über den Projektstand Verträge

Bausausführungsleistungen und Kosten. Bisher liegen keine Budgetüberschreitungen vor. Die Gesamtkosten sollen sich unter Berücksichtigung der Mehrleistungen auf 98.000 EUR belaufen. Ein entsprechendes Papier liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Zu TOP: 5. Informationen zur Planung und Kostenstand Kollwitz-Schule

Herr Rabenseifner stellt anhand einer Präsentation die Kosten der Sanierung und die Planung vor.

Die Gesamtkosten einschließlich der Zusatzkosten belaufen sich per 30.09.2012 auf 10.100.000 EUR. Bisher wurde von 8,5 Mio. EUR ausgegangen. Dazu kommen jetzt Kosten für die Außenanlagen von 677.000 EUR und für die Ausstattung mit 510.000 EUR.

Durch einen zugelassenen Auditor soll die Zertifizierung der Schule erfolgen. Mit Beschluss der Bürgerschaft ist die Kollwitzschule hierfür ein Pilotprojekt. Bisher wurde für die Zertifizierung ein Abschlag von 10.000 EUR gezahlt. Vorläufig würde der Bau eine Bronze-Plakette erhalten. Durch zusätzliche Kosten in Höhe von 110.000 EUR für den Einbau einer Photovoltaikanlage könnte eine Silber-Plakette erreicht werden.

Nach der Diskussion über die Kosten für die Zertifizierung und die Plakette schlägt Herr Mundt vor, beides abzustimmen.

Der Finanzausschuss stimmt der Zertifizierung zu:

8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enth.

Abstimmung für die Silber-Plakette:

5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Enth.

Zu TOP: 6. Informationen zur Eröffnungsbilanz

Herr Deisenroth informiert umfangreich anhand einer Präsentation zur Eröffnungsbilanz und zum Umlaufvermögen und beantwortet auftretende Fragen.

Herr Noack möchte von Herrn Kremer wissen, ob bei der Position Grundstücke und bebaute Gebäude der Bestand, den wir heute haben, noch mal dahingehend geprüft werden muss, ob dieser 137,593 Mio. EUR beträgt oder deutlich niedriger ist.

Herr Deisenroth erklärt, da es sich um viele Gebäude handelt, müssten die Listen gegebenenfalls bezüglich der Nutzungsdauer nochmals angesehen werden.

Herr Kremer sieht das Problem besonders bei den Kindertagesstätten am deutlichsten. Welche sollen abgerissen oder neugebaut bzw. instand gehalten werden. Es war schon eine entsprechende Vorlage vorbereitet worden, bei der es aber noch Abstimmungsbedarf gab. Bis zum nächsten Hauptausschuss möchte er eine entsprechende Beschlussvorlage erarbeiten.

Herr Wille erklärt, dass er sich für eine Beschlussvorlage für den Hauptausschuss ein Signal aus dem Finanzausschuss erhofft. Bei einigen Kita's wäre der Abriss sinnvoll, als Alternative zur grundlegenden Modernisierung. Auch haushaltsrechtlich wäre ein Neubau möglich, da hinter dem Kredit eine Gebührenfinanzierung stehen würde. Das hätte aber Auswirkungen auf die Gebühren. Bei den Schulen besteht ein ähnliches Problem. Z. B. die Fischerschule hat ebenfalls einen Wert. Ob tatsächlich abgerissen werden kann, ist im Hinblick auf die mittelfristige Finanzplanung unwahrscheinlich. In den nächsten Jahren wird ein erheblicher Druck bestehen, keine Kredite aufzunehmen. Für die Vorbereitung einer Beschlussvorlage, nimmt er abschließend von den Ausschussmitgliedern Zustimmung wahr.

Zu TOP: 7. Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 7.1. Feststellen des Umlaufvermögens im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012

Herr Mundt erklärt, dass zum Umlaufvermögen bereits viel gehört wurde. Es bleiben noch drei bis fünf Jahre Zeit, um Veränderungen für die Eröffnungsbilanz in Bezug auf das Umlaufvermögen und Anlagevermögen vorzunehmen.

Herr Deisenroth weist darauf hin, dass keine Änderungen mehr vorgenommen werden können, was in das Umlaufvermögen reingeht. Anlagevermögen kann nach der Eröffnungsbilanz immer wieder in das Umlaufvermögen hereingenommen werden, nur dann hat es Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt.

Um 19.50 Uhr verlässt Herr Schmidt den Finanzausschuss. Damit nehmen noch 10 stimmberechtigte Mitglieder an der Sitzung teil.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 1 Enth.

Zu TOP:
7.2. *Kommunalstatistiksatzung*

Herr Wille erläutert, dass die Stadt ehemals ein eigenes Amt für Statistik hatte. Dieses ist mittlerweile auf einen Bereich mit 1 ½ Planstellen geschrumpft. Durch die Kommunalstatistik verfügt die Stadt über eine umfangreiche Datensammlung, womit fundierte Prognosen unterschiedlicher Belange der Kommune ermöglicht werden. Die Kommunalstatistik ist keine Pflichtaufgabe. Herr Wille ist aber der Auffassung, dass mit dieser Statistik etwas sehr langfristiges und hilfreiches getan wird.

Die Satzung dient als rechtliche Grundlage für die Tätigkeit der Statistikstelle.

Herr Kolbe möchte wissen, inwieweit sich die Tätigkeit in Datenerhebungen niederschlägt, z. B. bei Einwohnerumfragen.

Herr Wille erklärt, dass so etwas momentan nicht geplant ist.

Außerdem wäre eine weitere Satzung für Datenerhebung erforderlich.

Abstimmungsergebnis: **10 Ja-Stimmen**

Zu TOP:
7.3. *Annahme einer Spende für den Stadtforst*

Für die Bewirtschaftung des Stadtforstes wird die Annahme eines gebrauchten Bauwagens von Herrn Helge Fischer beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **10 Ja-Stimmen**

Zu TOP:
7.4. *B.-Plan Nr. 14 - Hafen Ladebow
Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (2. Durchgang)*

Herr Kaiser bringt die Vorlage ein.

Mit Bürgerschaftsbeschluss vom 07.11.2011 bestand die Aufgabe, den B-Plan weiterzuentwickeln (2. Durchgang).

Der 1. Entwurf war noch einmal zu überarbeiten. Nicht nur zur Abgrenzung, sondern auch zu den vorgesehenen Nutzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan. Der Bebauungsplan ist auch in Bezug auf Lärm und Umweltbelastung überarbeitet worden.

Herr Kaiser bittet um Zustimmung für den 2. Durchgang und weist darauf hin, dass sämtliche öffentliche Träger nochmals beteiligt werden. Im Entwurf wurde soweit auf die geänderten Gesetzlichkeiten eingegangen, wie aus seiner Sicht notwendig.

Nach Diskussion wird die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **9 Ja-Stimmen, 1 Enth.**

Zu TOP: *Wiedereinführung der Umzugshilfe für Auszubildende und Studenten*
7.5.

Herr Littmann bringt die Vorlage ein und bittet Herrn Dr. Flieger um weitere Ausführungen:

Im letzten Jahr hat die Universität einen Modellversuch zur Wohnsitzprämie des Landes gemacht. Das Land hatte den Hochschulen versprochen, für Studierende, die außerhalb M-V die Hochschulzulassung erworben haben und jetzt in M-V studieren und ihren 1. Wohnsitz haben, Geld zu bezahlen. Dafür war notwendig, von jedem betreffenden Studenten eine Zustimmung zum Abgleich der Daten zwischen Immatrikulationsamt und Einwohnermeldeamt einzuholen. Es hat sich eine extrem niedrige Zustimmungsquote ergeben.

Inzwischen wurde über das Haushaltsbegleitgesetz 2012 eine Änderung des Haushaltshochschulgesetzes erreicht. Die Hochschulen sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben berechtigt, von den Meldebehörden Angaben zum gegenwärtigen Wohnsitz mit Hauptwohnung der bei ihnen eingeschriebenen Studierenden mit einer außerhalb von M-V erworbenen Zugangsberechtigung anzufordern. Diese Angaben dienen ausschließlich zu Prüfzwecken im Rahmen der Zuweisungen an die Hochschulen und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Es wird davon ausgegangen, dass sich die Bereitschaft der Studierenden, bei Wiedereinführung des Begrüßungsgeldes ihren Wohnsitz in Greifswald zu nehmen, deutlich erhöht.

Die Fassung dieses Beschlusses würde der Universität Greifswald helfen.

Herr Liskow erklärt, obwohl er selber Student ist, müsste erst einmal geprüft werden, inwieweit aus städtischer Sicht überhaupt die Möglichkeit einer Zahlung besteht. Im letzten Jahr wurde die Zahlung aus finanziellen Gründen ausgesetzt.

Er beantragt daher, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

Der Anstrich - die Wiedereinführung der Umzugshilfe für Auszubildende und Studenten - ist herauszunehmen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, in welcher Höhe die Umzugshilfe erneut eingeführt werden kann.

Herr Wille gibt im Vergleich die Zahlen des 1. Halbjahres bekannt:

2012 gab es 1402 Zuzüge nach Greifswald

2011, wo es die Prämie gab, waren es 1475 Zuzüge nach Greifswald, 73 Personen mehr.

Das 2. Halbjahr wird sich ebenfalls noch angesehen.

Beim Landkreis wurde wegen einer Mitbeteiligung angefragt, da dieser im Rahmen der Schlüsselzuweisungen am meisten profitiert.

Bisher erfolgte noch keine Reaktion.

Herr Wille möchte, dass auch anderweitige und nicht so kostenintensive

Angebote für Studenten geprüft werden, die ebenfalls den Anreiz schaffen, sich in Greifswald hauptwohnllich anzumelden. Es gibt dahingehend bereits Angebote der Stadtwerke und der Wohnungsgesellschaften.

Über das Stadtmarketing könnte er sich die Herausgabe von Bonusheften vorstellen, die gewisse Vorteile bringen.

Abstimmung der Beschlussvorlage mit dem Änderungsantrag:
10 Ja-Stimmen

Zu TOP: 7.6. Prüfauftrag zur Errichtung eines kommunalen Tierfriedhofes

Herr Mundt bringt die Vorlage ein.

Im Rahmen seiner Tätigkeit in der Ortsteilvertretung SW II ist an ihn herantragen worden, dass sich viele Tierfreunde bei dem Ableben ihres Tieres einen zentralen Ort wünschen, wo sie das Tier betrauern können. In der Stadt gibt es bisher noch keinen Tierfriedhof. Eignen dafür, würden sich nicht benötigte Flächen des städtischen Friedhofs.

In der Diskussion wird sich geeinigt, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern und keine konkrete Fläche anzugeben:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, ob es möglich ist, einen städtischen Tierfriedhof einzurichten zu betreiben.

Abstimmungsergebnis mit der Änderung: **7 Ja, 3 Enth.**

Zu TOP: 7.7. Prüfauftrag zur Errichtung eines online-Portals zur Meldung von Problemen im Bereich der Infrastruktur der UHGW

Herr Mundt bringt den Prüfauftrag ein.

Über das online-Portal soll der Bürger die Möglichkeit haben, entdeckte Schäden und Verschmutzungen in der Stadt bekannt zu geben. Die Verwaltung könnte bei der Behebung der Missstände schneller reagieren und auch den jeweiligen Bearbeitungsstand anzeigen.

Es besteht kein Diskussionsbedarf

Abstimmungsergebnis: **10 Ja-Stimmen**

Zu TOP: 7.8. Unterzeichnung der Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen"

Herr Dr. Fassbinder bringt die Vorlage ein.

Er hat erfahren, dass die Stadt Stralsund einem ähnlichen Antrag einstimmig zugestimmt hat und im Landkreis Vorpommern-Rügen ein

solches Vorhaben in Arbeit ist. Auch die Stadt Frankfurt hat positive Erfahrungen gemacht. Es geht nicht darum, dass die Verwaltung zu wenig in diesem Bereich macht, sondern dass man Chancen ergreift, noch aktiver zu werden. Über den Verein sind für Projekte auch Fördermittelanträge möglich.

Herr Mundt hält weiterführende Aktivitäten für nicht notwendig, wenn die Verwaltung schon jetzt genug auf diesem Gebiet leistet.

Abstimmungsergebnis: **4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enth.**

Zu TOP: 7.9. Vertrag mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald zur Rückholung der Schulträgerschaft des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums, des Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasiums einschließlich des Abendgymnasiums und der Integrierten Gesamtschule Erwin Fischer

Herr Wille beantwortet Fragen in Bezug auf die haushaltsrechtlichen Auswirkungen bei Rückholung der Schulträgerschaft. Die Stadt wird mit bis zu 1,4 Mio. EUR belastet. Auch die erhoffte alleinige Gestaltungsfreiheit ist nicht gegeben. So kann durch den Landkreis festgelegt werden, dass z. B. geplante Sanierungsvorhaben bis zu 5 Jahre verschoben werden.

Von den meisten der Ausschussmitglieder wird kein Vorteil in der Rückholung mehr gesehen. Vielmehr sollte die Schulträgerschaft beim Landkreis verbleiben.

Herr Wille weist darauf hin, dass er sich damals gegen den Bürgerschaftsbeschluss ausgesprochen hat. Er hatte für einen Vermögensausgleich plädiert, den der Landkreis in Höhe von 22 Mio. EUR hätte zahlen müssen. Durch den Beschluss der Bürgerschaft gehen der Stadt jetzt 840.000 EUR an Zinsen verloren. Notwendige Lern- und Unterrichtsmittel sowie die Schulverwaltung müssen finanziert werden.

Ein langfristiger Vorteil ist, dass die Betreuung des Gebäudemanagements in die Hand der Stadt geht. Mit dem vorliegenden Vertrag wurde jetzt der Beschluss vom 06.03.2012 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis: **1 Ja-Stimme, 4 Nein-Stimmen, 5 Enth.**

Zu TOP: 8. Information der Verwaltung

Zu TOP: *Vorbereitungen der Haushaltssatzung 2013*

8.1. *- Prioritätenliste für Investitionen*

- Eckdaten des Haushaltsplanes

Mitte September wurde die Prioritätenliste in die Fraktionen gegeben, welche die Grundlage für die Aufstellung des Investitionshaushaltes bildet.

Herr Wille gibt einen zusammenfassenden Überblick anhand von Folien.

Im investiven Bereich wurden 4 Kategorien gebildet:

Die Kategorie 0 beinhaltet unabweisbare Investitionsmaßnahmen wegen dem Gesetz, der Verträge oder begonnener Großmaßnahmen.

Die Kategorie 1 beinhaltet Maßnahmen mit hoher Wirtschaftlichkeit oder Fördermittelquote.

Die Kategorie 2 beinhaltet kleinere Maßnahmen bis 50.000 EUR.

Die Kategorie 3 beinhaltet größere Maßnahmen über 50.000 EUR.

Im Ergebnis der Planung für das Jahr 2013 werden keine Maßnahmen aus Kategorie 3 zur Umsetzung vorgeschlagen. Der Schwerpunkt liegt auf der Weiterführung der begonnenen großen Maßnahmen.

Einige Maßnahmen aus Kategorie 1 werden begonnen und Maßnahmen für die erforderliche Aufrechterhaltung der Verwaltung aus Kategorie 2 umgesetzt.

Es wurde ein Investitionsvolumen von 18,6 Mio. EUR angemeldet.

Der Schwerpunkt liegt auf Kategorie 0 mit 11,8 Mio. EUR Auszahlung.

Für Kategorie 1 wurden 3,0 Mio. EUR, für Kategorie 2 nicht ganz 500 TEUR und für Kategorie 3 weitere 3,2 Mio. EUR angemeldet.

Die allgemeinen Investitionszuweisungen betragen 4,3 Mio. EUR aus Schlüsselzuweisungen und aus einer Zuweisung für zentrale Orte.

Es dürfen Kredite aufgenommen werden.

In künftigen Haushaltsjahren ist strikt zu beachten, dass die Kreditaufnahme maximal in Höhe der Tilgung zu erfolgen hat.

Neu zur Kameralistik ist, dass bestimmte Maßnahmen auch über Kassenkredite finanziert werden können.

Insgesamt weist der Haushalt 2013 ein Volumen im investiven Bereich von ca. 15,2 Mio. EUR aus. Das nichtfinanzierbare Investitionsvolumen beträgt 3,4 Mio. EUR.

Der erste Entwurf des Haushaltsplanes wurde vorab an die Ausschussmitglieder ausgeteilt. Zu den einzelnen Teilhaushalten findet man darin auch die geplanten Investitionen.

Am 29.10.2012 wird in der Bürgerschaft der Haushalt eingebracht.

Im Finanzausschuss **am 15.11.2012** wird in erster Lesung über den Haushalt gesprochen.

Die Ausschussmitglieder einigen sich auf den Termin für die Sondersitzung zum Haushalt auf **den 28.11.2012 um 18.00 Uhr**.
Am 10.12.2012 soll der Plan in der Bürgerschaft beschlossen werden.

Anschließend gibt Herr Wille weitere Erläuterungen zum Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt und zu den Teilhaushalten.

Der Ergebnishaushalt weist 5,6 Mio. EUR aus. Der Finanzhaushalt ergibt ein Negativsaldo von 2,2 Mio. EUR.
Alle Teilhaushalte, außer Teilhaushalt 4 (Immobilienverwaltungsamt) sind auf die Finanzierung aus dem Gesamthaushalt angewiesen.
Der Teilhaushalt Familie, Jugend und Soziales benötigt das meiste Geld.

Die Schlüsselzuweisungen werden nicht so stark sinken, wie angenommen.
Die Kreisumlage erhöht sich aufgrund der Zuwächse in den Folgejahren.
Für die Hebesätze wird vorgeschlagen, die Gewerbesteuer auf 425 % anzuheben, die Grundsteuer A soll unverändert bei 300 % und die Grundsteuer B bei 430 % bleiben.

Zu TOP: 9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Kolbe hatte in der letzten Sitzung eine Anfrage zum Stand Konzept Winterdienst gestellt.
Die Anfrage wurde an Herrn Wixforth erst kürzlich weitergegeben und wird demnächst beantwortet.

Zu TOP: 10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Zu TOP: 11. Schluss der Sitzung

Herr Mundt beendet die Sitzung und verabschiedet die Ausschussmitglieder.

gez.

Thomas Mundt

Ausschussvorsitzender

gez.

M. Meyer

für das Protokoll

